

an heimischen Rohstoffen vermindern werde. „Der das annimmt, überblickt offenbar, daß, je größer für die Brauereien die Absatz-Schwierigkeiten werden, sie um so mehr ihr Argument auf die Qualität der Ware zu richten gezwungen sind. Und daher auch auf die Qualität der Rohstoffe. Wo sie Gerste und Hopfen in bester Qualität finden, da nehmen sie sie gern, gleichviel, ob vom Inlande oder aus dem Auslande.“ Die Landwirtschaft habe daher alle Ursache, ob eines aus übermäßiger Steuererhöhung resultierenden Minderverbrauchs an Bier besorgt zu sein.

Zur Kanzlerkrisis.

Der Ausschuss des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten soll nach einem offiziellen Telegramm der „Köln. Ztg.“ demnächst auf Wunsch des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammenreten. Fürst Bülow gedenkt hier über die schwebenden Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere über den Stand der Orientfragen, streng vertrauliche Mitteilungen zu machen. Im Reichstage wird, wie es weiter heißt, der Reichskanzler zu diesen Fragen, über die noch diplomatische Verhandlungen im Gange sind, vorläufig nicht das Wort nehmen, und er würde auch die Beantwortung etwaiger Anfragen darüber bis auf weiteres verschoben müssen. — Der Nachdruck bei dieser Notiz ist offenbar auf das Wort „Orientfragen“ zu legen. Über die internationale Lage, soweit auf sie das sogenannte Kaiserinterview von Einfluss gewesen ist, gedenkt der Reichskanzler sich vor dem Reichstage zu äußern.

Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist einer der sieben dauernden Ausschüsse, welche nach Artikel 8 der Reichsverfassung der Bundesrat aus seiner Mitte zu bilden hat.

Zur Kanzlerkrisis weiß die „Internat. Pol. Korresp.“ von unterrichteter Seite „zuverlässig“ allerlei Personalveränderungen mitzuteilen. Zum Schluss heißt es dann in dem Artikel: Die Fraktionsausschüsse der Blockparteien waren heute vormittag versammelt und haben sich dahin geeinigt, sich für befriedigt zu erklären, wenn Fürst Bülow erklärt, daß der Text der Note der „Nord. Allg. Ztg.“ den Tatsachen entspricht. — Diese Angaben sind nach der „Frei. Ztg.“ vollständig aus der Luft gegriffen; wenigstens sind die Freisinnigen bei irgend welchen Versprechungen solcher Art nicht beteiligt gewesen.

Die Demission des Pressebezermenten im Auswärtigen Amt, Geheimrats Damann, dessen Stellung schon seit längerer Zeit als erschüttert galt, dürfte, wie sie erfahren, in der nächsten Zeit bevorstehen.

Eine Interpellation über die durch die Veröffentlichung von Äußerungen des Kaisers geschaffene politische Lage ist, wie wir hören, im Reichstage von freisinniger Seite in Aussicht genommen. Auch andere Parteien werden Interpellationen einbringen. Reichskanzler Fürst Bülow wird die Interpellationen bereits an einem der nächsten Tage beantwortet.

Die Freisinnige Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer (die Abg. Günther, Bär und Koch) hat am Dienstag der Staatsregierung eine Interpellation mit folgendem Wortlaut unterbreitet: „Im Hinblick auf die vom Auswärtigen Amt unter verfassungsmäßiger Verantwortung des Reichskanzlers bewilligte Veröffentlichung der vom Deutschen Kaiser einem englischen Staatsmann gemachten Mitteilungen richten die Unterschriften an die königliche Staatsregierung die Anfrage: Welche konstitutionellen Bürgschaften in die sächsische Regierung den verbündeten Regierungen in Vorschlag zu bringen oder was sie sonst in verfassungsmäßigem Sinne zu tun gedenke, um an Stelle einer Politik der Unbeständigkeit und Willkür eine in konstitutioneller Form sich bewegende, dem Interesse des deutschen Volkes entsprechende auswärtige Politik durch die verbündeten Regierungen zu gewährleisten?“

Nach der „National-Ztg.“ werden die National-Liberalen eine Interpellation einbringen, die Abg. Wassermann begründet wird.

Einigkeit gegenüber dem Auslande rät die liberale „Köln. Volksztg.“ in der gegenwärtigen kritischen Zeit dem Reichstag. Sie schreibt: „Wenn irgendwo, so muß es hier heißen: das Vaterland über die Partei. Und so wird auch die deutsche Zentrumspartei in keiner Weise sich einem Gefühl der Genugtuung darüber hingeben dürfen, daß der Staatsmann, welcher ihr am 13. Dezember 1906 so schände den Fehdehandschuh vor die Füße geworfen hat, von der unabhängigen öffentlichen Meinung aufgegeben ist. ... Ein Gefühl der Genugtuung über diese traurigen Vorformnisse darf innerhalb der deutschen Zentrumspartei nicht platzgreifen; denn die Katastrophe, welche den Kanzler des Deutschen Reiches getroffen hat, trifft das Deutsche Reich, trifft uns alle mit. Bei allen, welche es mit dem Vaterlande wohl meinen, darf jetzt nur der eine Gedanke lebendig sein und wirksam werden, daß das Deutsche Reich sich

in schwieriger Lage befindet, daß vielleicht schlimmste Verwicklungen nicht ausbleiben, daß jedenfalls ein reiches Kapital an Ansehen und Vertrauen, welches früher aufgesammelt worden ist, vertan erscheint. Einigkeit dessen haben alle Parteierwägungen zu schweigen, kann es sich jetzt nur darum handeln, daß alle Wohlmeynenden alles einsehen, damit das Vaterland möglichst glimpflich aus dieser Lage sich herauszieht. Der Deutsche Reichstag ist kaum jemals in einer schwierigeren Situation zusammengetreten als in diesem Jahre. Möge er seiner ganzen Verantwortlichkeit sich bewußt sein. Möge die Vertretung des deutschen Volkes gut machen, was die Staatsmänner, welchen seine Geschichte anvertraut waren, gesündigt haben! Das kann nur geschehen, wenn der Deutsche Reichstag in diesem Falle nicht das Bild der Parteispaltung darbietet, sondern wenn einmütig, unter Zurücklegung aller Sonderbestrebungen, mit dem ganzen Ernste, welchen die Lage erfordert, beraten und beschloffen wird, was dem Vaterlande zum Heile gereichen kann.“

Zur Reichsfinanzreform.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht am Dienstag in 16 Spalten der Wortlaut der dem Reichstage zugehenden Gesetzentwürfe über die Reichsfinanzreform samt einer Denkschrift. Daraus ist folgendes hervorzuheben:

Die Steuervorlagen.

Bei Gestaltung des neuen Steuersystems sind die verbündeten Regierungen von der Ermüdung ausgegangen, daß auf die bestehenden einzelstaatlichen und förmlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, im übrigen aber die Reform auf den Grundgedanken der Ergiebigkeit, Allgemeinheit, Gerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit auszubauen sei. Hieraus ergab sich folgendes System: In erster Linie bedurfte es der allgemeinen Heranziehung der Genussmittel, Branntwein, Bier, Wein und Tabak. Daneben ist eine Steuer auf Elektrizität und Gas, sowie auf Anzeigen vorgesehen, schließlich waren auch solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Dies kann nur durch den Ausbau der Nachschabsteuerung geschehen, die in dreifacher Form durch eine allgemeine Nachschabsteuer, durch Veschränkung des gesetzlichen Verbrauchnerbrechts und durch Änderung des Erbschaftsteuergesetzes erfolgt. Von eigentlichen Verkehrssteuern ist Abstand genommen, im Gegenteil wird Aufhebung der Postartensteuer und Ermäßigung des Ortsportos für Postkarten wenigstens auf 3, wenn auch nicht auf 2 Pfennig vorgeschlagen. Der Ertrag der vorgeschlagenen Steuern beläuft sich schätzungsweise an Branntwein auf 100 Millionen Mark, aus Tabak auf 77, Bier 100, Wein 20, Erbschaften insgesamt 92, Elektrizität und Gas 50, Anzeigen 33, insgesamt rund 475 Millionen Mark.

Wie sehr die Gas- und Elektrizitätssteuer die Städte belasten würde, ergibt auch eine Rechnung, die der „Frankf. Kur.“ für Nürnberg anstellt. Unter Zugrundelegung der Steuerhöhe des ursprünglichen Sadowischen Entwurfs weist das Blatt nach, daß die Besteuerung des Gases mit 1/5 Pfg. pro Kubikmeter 125 000 Mk., die Besteuerung der Gasströmpfe 105 000 Mk. beanspruchen würde, so daß insgesamt für Nürnberg 230 000 Mk. zu bezahlen wären. Allerdings heißt es, daß die Steuerhöhe im Bundesrat eine Ermäßigung erfahren haben, aber unter allen Umständen würde eine einzige Stadt schon außerordentlich hart getroffen werden, wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß die Gas- und Elektrizitätswerke überwiegend im Besitze der Kommunen sind, so daß der Stadtsäckel direkt eine ganz gewaltige Einbuße erleiden würde.

Der Stadtrat von Mannheim hat berechnet, daß die Mannheimer Stadtkasse durch die geplante Steuer mit 117 000 Mk. belastet werden würde. Entsprechend ist es in anderen Städten.

Gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer hat sich die Handelskammer zu Hagen i. W. ausgesprochen.

Gegen die Steuern auf Gas und Elektrizität spricht sich auch die „Deutsche Volkspost“, das Organ der Deutschen Mittelstandsvereinigung, aus. Vollständig unannehmbar erscheint dem Blatt eine Gassteuer. Die Besteuerung der Elektrizität sei nur im „höchsten Notfall“ akzeptabel, und auch nur dann, wenn man die beim Betrieb kleiner Maschinen zur Verwendung kommenden kleineren Elektrizitätsmengen völlig steuerfrei läßt.

Politische Uebersicht.

Zu den Balkanfragen liegen folgende Meldungen vor: Der Sultan hat nach der „Frankf. Ztg.“ seine Einwilligung dazu gegeben, daß die Garnison im Wilds-Riesch und dessen näherer Umgebung um 3000 Mann vermindert wird. Das ist ein neues großes Entgegenkommen an die

Jungtürken, denn die Wilds-Garnison ist reaktionär gestimmt. Die türkisch-bulgaren Verhandlungen haben am Dienstag begonnen. Nach der „Kölnischen Zeitung“ enthält das türkische Programm für die Unterhandlungen auch die Forderung der Abtretung der türkischen Rechte auf die 48 Kilometer lange Straße Welowa-Batarel, für welche die Türkei bisher von den orientalischen Bändern, denen Bulgarien jährlich 104 000 Francs zahlt, 1500 Francs für das Kilometer bezog. Ferner seien die Kaufsfragen (Kauf) bedeutet kirchlich an den Programm. Die Verhandlungen wegen Vermehrung in Wieselbent und unter Teilnahme der Vertreter orientalischer Bahnen stattfinden. — Die serbische Regierung hat auf die ihr von den Vertretern Englands, Russlands, Frankreichs und Italiens gemachten freundschaftlichen Vorstellungen, im Interesse des Friedens sich aller Maßnahmen zu enthalten, die den Frieden gefährden könnten, die Antwort erteilt, daß sie trotz der Erregung der öffentlichen Meinung, die übrigens wohl verständlich sei, eine korrekte Haltung beobachten werde, und daß Serbien im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Großmächte eine gerechte Entscheidung in bezug auf seine in der Note vom 7. Oktober an die Großmächte erhobenen Reklamationen erwarte.

Oesterreich-Ungarn. Zur Abfassung der österreichischen Kabinetskrisis haben am Montag, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, vorbereitende Schritte bei Ministerpräsident Frickler von Beckh stattgefunden. Ministerpräsident Frickler von Beckh hatte Besprechungen mit den Abgeordneten Chari, Lueger und Groß. Für den Fall der Neubildung des Kabinetts durch Freiherren von Beckh spricht man von der Erziehung des Ministers Gschmann durch Prinz Alois Waldstein, von dem Eintritt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Weiskirchner und von der Heranziehung eines Mitgliedes des Herrenhauses. Wenn die Lösung der Krise bis zum 17. November nicht gelingen sollte, müßte der Zusammtritt des Reichsrates verschoben werden. — In den Städten Brüx, Leitmeritz und Gabala bei Böhm.-Leipa fanden am Montag Umzüge der Deutsch-Nationalen als Kundgebung gegen die Prager Vorfälle statt, obne daß es zu engeren Zusammenstößen kam. — Aus Wien, 3. Nov. meldet der „N. N.“: Die Regierung veröffentlicht heute die große Vorlage über die Alters- und Invaliditätsversicherung. Diese Vorlage betrifft 10 Millionen Menschen in die Versicherung ein, nicht nur alle industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten, sondern auch selbständigen Inhaber von gewerblichen oder sonstigen Erwerbsunternehmungen, deren Jahreserlöskommen 2400 Kronen nicht übersteigt. Der Staat gewährt zu jeder Altersrente einen Zuschuß von 60 Kronen jährlich. Die Altersrente beginnt mit dem 65. Lebensjahre. Die versicherten Arbeiter haben auch auf die Invaliditätsrente Anspruch, welche den selbständigen Unternehmern dagegen nicht zukommt. Die Hinterbliebenen erhalten eine Kapitalabfertigung. Der Staat wird in den ersten Jahren nur 2 Millionen Kronen zahlen, nach zehn Jahren 40 Millionen und nach vierzig Jahren 100 Millionen Kronen jährlich.

Frankreich. Aus Warschau meldet ein Telegramm vom Dienstag: Infolge eines in den politischen Blättern erschienenen Aufrufs aller politischen Parteien, der den Postpost in jeglicher Form verurteilt, hat der Generalgouverneur angeordnet, alle in Warschau geschlossenen politischen Versammlungen wieder zu öffnen.

Frankreich. Die Vertilgung eines französischen Selbstmörders über Wien, welches an 450 Seiten umfist, steht nach offiziöser Mitteilung unmittelbar bevor.

Deutschland.

Berlin, 4. Nov. Das Kaiserpaar begab sich Montag nachmittag mit der Prinzessin Viktoria Luise nach Meßlib, um die Ausgrabungen auf der Römerschanze zu besichtigen. Professor Dr. Schuchhardt und Professor Naab, Direktor des Realgymnasiums in Frankfurt (Oder), unterrichteten das Kaiserpaar an der Hand von Plänen und Zeichnungen über die Einzelheiten der Anlage. Gestern abend kurz nach 1/10 Uhr ist der Kaiser im Sonderzuge von der Station Wildpark nach Charlusau abgereist. Der Kaiser hatte die Hofjagduiform angelegt. — Daß der Kaiser einen Aufstieg mit dem Zepppelin I. unternehmen werde, wird jetzt bereits demontiert. Wie der „Zentral-Korrespondenz“ vom Bureau des Grafen Zepppelin auf eine drahlische Anfrage erklärt wird, ist dort von einem geplanten Aufstieg des Kaisers nichts bekannt. — Prinz und Prinzessin August Wilhelm von Preußen sind gestern in Neapel eingetroffen.

Parlamentarisches.

Die verfertigte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann am Dienstag die Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage. Die Kommission nahm von einer Generaldebatte Abstand. Hauptsächlich des Arbeitsplanes richtete man sich nicht nach einem Vorschlag der National-Liberalen, der 14 einzelne Punkte spezialisierte, die Kommission gab aber dem Wunsche Ausdruck, daß die Regierung über diese 14 Punkte und ferner noch über die Gehälter der einzelnen Beamtenkategorien in sämtlichen Bundesstaaten Material unterbreiten möchte. Die Regierungsvorrede versprachen, diesem Ersuchen nach Möglichkeit nachzukommen. Für den Arbeitsplan selbst nahm die Kommission die Vorschläge ihres Vorsitzenden an. Danach hält die Kommission regelmäßig viermal in der Woche, und zwar Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag Sitzungen ab. Aus den Verhandlungen sollen die Titel, Rang- und Urlaubsklagen auscheiden. Es sollen ferner in den Mitteilungen an die Presse die Namen der Redner und auch die Fraktionsbezeichnungen weggelassen werden. Es wurde beschlossen, zunächst die erste Lesung über

Reichskrone.
Vorläufige Anzeige.
Sonntag den 8. November, von
nachmittags 5 Uhr ab.
großes Wiener Brater-Zettl
im herrlich dekorierten großen
Fest-Saale.
Alles nähere siehe Annoncen und
Plakate.

H. Mügenw. Gänsefett,
Mügenwader Gänsebrüste,
Kieeler Sperrten und Räcklinge,
echte Teltower Rübchen,
echten Magdeburger Sauerkohl,
ital. Maronen,
Braunschweiger Gemüse-
Konserven
empfiehlt **C. L. Zimmermann**

Winteräpfel,
gute Sorten, Zentner von 5 Mk. an,
Richard Schumann,
Bismarckstraße 4.

Jeden Mittwoch und Freitag
frischgeschlachtete Gänse,
Enten, Hühner u. Tauben
Weissenfellerstr. 10.

Wladivostok
„Helios“
Wellenwasser 9. Fernsprecher 320.
Elektr. Lichtschwimmbäder
(weiß, blau) schonen das Herz, äußern
dabei eine stets milde aber schweiß-
treibende Wirkung. Beste Schmerz-
mittel gegen Rheuma, Infarkten, Nerven,
Mieren, Magen-, Nerven-,
Blasen-, Hautleiden, Blut-
strotz etc.

Konjum-Berein
zu Merseburg u. Umgegend
C. G. m. b. S.
Arbeitsvergebung.

Wir beabsichtigen, die zu unserem Bäder-
und Zentrallager-Neubau erforderlichen Ar-
beiten in enger Konkurrenz zu vergeben.
In Betracht kommen: Maurer-, Zim-
merer-, Steinmetz-, Dachdecker-, Klempner-,
Glaser-, Schloffer-, Tischler-, Maler- und
Anstreicherarbeiten. Die Bauten sollen
nächstes Frühjahr in Angriff genommen
werden. Wir erlauben die Unternehmer
obiger Branchen, die sich an der Konkurrenz
beteiligen wollen, ihre Adressen bis
Dienstag den 10. November
in unserm Kontor, Mägdenstraße 14, abzu-
geben, woselbst auch nähere Auskunft er-
teilt wird. **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse
des Maurergewerks
zu Merseburg.
Sonntag den 8. November, nachmittags
8 Uhr, in der „Guten Quelle“
ordentliche
General-Versammlung
Tagesordnung:
Revisorien-Wahl.
Vorstands-Wahl.
Wahl der Krankenbesucher.
Verschiedenes.
Der Vorstand.

Ehem. Garde.
Donnerstag den 6. Nov.
Monatsversammlung in der
„Reichskrone“.
Der Vorstand.

Reichskrone.
Vorzüglichste Küche.
Tägl. Spezialgerichte.
ff. gutgepflegte Biere.

„Coffein“ und „Coffeinfrei.“



In der letzten Zeit sind Ihnen diese beiden Worte wiederholt auf-
gefallen, ohne daß Sie vielleicht die genügende Aufklärung darüber
erhalten haben. „Coffein“ ist der Bestandteil des Kaffees, der die be-
kannte Wirkung auf Herz und Nerven bedingt und dadurch veranlaßt,
daß alle Herzleidenden, Nervösen, Kranken, Kinder und alte Leute
Kaffee nicht trinken können. Dem „Kaffee Hag“ coffeinfrei ist
dieses Coffein entzogen, sodaß jedermann wieder zu seinem altgewohnten
Kaffeegenuss, auch in stärksten Aufgüssen, zurückkehren kann. Man
beachte: „Kaffee Hag“ coffeinfrei ist wirklicher Kaffee, der von den
besten Plantagen Zentral-Amerikas und Brasiliens bezogen wird.

Handelskammerwahl.

Nach Beschluß der Handelskammer zu Halle a. S. soll gemäß § 17 des Gesetzes
über die Handelskammer eine Ersatzwahl von einem Mitgliede der Handelskammer
anstelle des im 1. Wahlbezirk (Stadtteil Halle, Kreis Merseburg und Saalkreis) durch
den Tod vor Ablauf seiner Amtsdauer ausgeschiedenen Herrn Kaufmann **Paul Hof-**
meister in Halle a. S. stattfinden. Die Ersatzwahl erfolgt unter Zugrundelegung
der bei der letzten Ergänzungswahl (1907) festgestellten Liste der Wahlberechtigten.
Von der Handelskammer zum Wahlkommissar für den 1. Wahlbezirk ernannt,
bringe ich hiermit zur Kenntnis der Wahlberechtigten, daß ich Termin zu dieser Ersatz-
wahl auf
Montag den 23. November vormittags von 9 bis 11 Uhr
im Sitzungssaal der Handelskammer Halle a. S., Frankstraße 5, andernorts habe.
Halle a. S., den 3. November 1908
Der Wahlkommissar für den 1. Wahlbezirk der
Handelskammer zu Halle a. S.,
Guido Müller.

C. Louis Zimmermann,
Jah: Alfred Zimmermann
empfiehlt sich zur Unterhaltung von

Dejeuners, Diners, Soupers u. Büfett-Arrangements
sowie einzelne Gattungen:
Majonaise von Hummer, Fisch und Geflügel, Schwed. Schüsseln,
Strassburger Gänseleber und Wildpasteten, Käse-Schüsseln.
Beste Referenzen stehen zur Verfügung.
Außerdem empfehle mich zur Lieferung sämtlicher zu Dinern gehörigen Waren, als wie:
Alle Sorten Fluss- u. Seefische, Wild u. Geflügel,
frische franz. Gemüse sowie konserviert.
Alle Sorten Champagner, Weiss- u. Rotwein,
Dessert-Früchte.

Zeichnungen
auf **Mk. 3 000 000**
mündelsichere 4% Stendaler Stadtanleihe
verfürte Kündigung bis 1 Januar 1919 aus-
geschlossen, nimmt bis
Sonnabend den 7. November 1908 die
Magdeburger Privat-Bank,
Zweigniederlassung Merseburg
zum Kurse von **99.60%** entgegen.

Kunstgewerbliche Gegenstände
aus Holz zum Selbstarbeiten.
Münchener Tarso-Kunst,
Liefbrand, Flachbrand, Kerbschnitt, Mosaikbrand,
Satin-Tarso.
Neu! Metallplastik Neu!
in schönen geschmackvollen Zeichnungen und Musiken und großer Auswahl
zu billigen Preisen.
Illustrierte Kataloge auf Wunsch zu Diensten.
Brennapparate, Werkzeuge, Messer, Beizen.
Telephon 291. Richard Lots, Burgstr. Nr. 7.

Reichskrone.
Neu! A ha! Neu!
Die Wiener Schrommel
sind das
Amüsant und fidel.

Herzog Christian.
Welt-Panorama
Danzig mit den Mitterbüdern.
Joppat, Langfuhr, Bröfen, Weiserplatte und
die Marienburg. Eine herrliche Welt.

Verein der Gastwirte
von Merseburg u. Umgegend.
Donnerstag den 6. Nov., nachm. 8 1/2 Uhr,
Monats-Versammlung
im Restaurant „Witfelmsburg“.
Der Vorstand.

Männer-Turnverein.
Sonntag den 8. d. M.
von abends 8 Uhr ab
Tanz-
Kränzchen
im „Neuen Schützenhaus“.

Rohlands Restaurant.
Täglich Konzert
des Damenorchesters Melusine.
Dir. Frz. Miese Jankert.
6 Damen, 1 Herr.
Anfang abends 7 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein
Franz Rohland.

Dauers Restauration.
Heute
Schlachtefest.
Heute Donnerstag
fr. hausschlachtene Würst
Friedrich Rödel, Gallestraße 71.
Telephon 295.

Einen Lehrling
sucht zu Oheim
Herm Stein, Töpfermeister.
Drainagearbeiter
werden gesucht. Zu melden an der
Kaufstelle Vorwerk Berder.

Wer sich des Abends genussreiche
Stunden verschaffen will, der gehe
nach der
Reichskrone,
da finden täglich von abends 7 Uhr an
große Instrumental-
und Gesangs-Konzerte
bei freiem Zutritt statt.

Der heutigen Auflage liegt
ein Prospekt der „Deutschen
Frauen- und Moderevue“, beschickbar
durch die Buchhandlung **Friedrich
Ponoh,** bei.
Hierzu eine Beilage.



Deutschland.

(Einteilweise Aufhebung der Portofreiheit bei Militärbriefen) ist nach auswärtigen Blättern beschlossen worden. Bisher waren alle Postsendungen, die unter der Bezeichnung „Militaria“ oder „Marinesache“ gingen, portofrei. Jetzt ist durch einen Erlass des preussischen Kriegsministers, sowie durch einen Erlass des Staatssekretärs des Reichsmarineamts bestimmt worden, daß von nun an der gesamte Schriftwechsel der Truppen usw., der Marine teile, portofrei bleibt.

(Wegen Duldung von Glücksspielen) sind dieser Tage in Ostod annähernd 50 bis dahin unbesoldete Leute zu Geld- und sogar zu Gefängnisstrafen (von einem oder wenigen Tagen) verurteilt worden, weil sie Spielautomaten aufgestellt hatten, in die kleine Geldstücke durch eine bestimmte Öffnung vermittelst eines Hebels hineingeschoben werden. Mehrere der Angeklagten hatten, als sie hörten, daß diese Manipulation neuerdings als Glücksspiel betrachtet werde, sogar an den Staatsanwalt geschrieben und gefragt, ob sie den Unglücksfällen aufstellen dürften. Dieser Staatsanwalt schrieb ihnen, daß gegen die Aufstellung derartiger Automaten nichts einzuwenden sei. Bei der Gerichtsverhandlung nun mußte der Herr zugeben, die fraglichen Briefe selber unterschrieben zu haben, jede materielle Verantwortung lehne er aber ab, denn inwieweit sei eine Reichsgerichtsentscheidung im entgegengeetzten Sinne ergangen. Infolgedessen mußte er, der die Tat der Angeklagten kurz vorher für einwandfrei erklärt hatte, jetzt gegen sie die Anklage erheben! Derselbe Gerichtshof, der jetzt beurteilt, hatte wenige Zeit vorher wegen derselben Sache freigesprochen. Der Staatsanwalt selber betonte jedoch, daß er für eine Vergnügensstrafe eintreten werde. Er selbst hält also auch jetzt noch die Strafe für unangebracht, und nach dem vorausgegangenen Briefwechsel ist das ja auch durchaus begründet. Die Juristen mögen ja sagen: alles ist ganz korrekt abgegangen. Wir müssen uns jedoch an die Entscheidung des Reichsgerichts halten. Im Publikum vermindert es aber den Respekt vor der Justiz, die — mit der Wende vor den Augen — unbefuglich richten soll, wenn heute daselbe für unrecht und strafbar erklärt wird, was gestern recht und erlaubt war. In diesem Falle hätte die Differenz vermieden werden können, wenn sich die unteren Instanzen über die Art des fraglichen Spiels etwas besser informiert hätten. Die von ihnen zu Rate gezogenen „Zeugen“ und „Sachverständigen“ scheinen den „Interessenten“ sehr nahe gelanden zu haben.

(Von einer neuen Feldausrüstung des deutschen Soldatenpferdes) macht die „Militärische Korrespondenz“ Mitteilung. Wie sie schreibt, seien Erwägungen und Versuche nahezu abgeschlossen, wonach in Zukunft (und analog des Vorgehens bei der Reimierung der Säbelscheiden) alle ditzenden Teile am Kopf gestellt, am Zaumzeug und den Geschirren der berittenen Waffen und der berittenen Offiziere der anderen Truppengattungen entweder ganz wegfallen oder gekürzt werden sollen. Von dem neuen Modus verspreche man sich außer dem feldmäßigen Vorteil eine erhebliche Vereinfachung des Dienstbetriebes, da das zeitraubende Bugen der blanken Metallteile jetzt durch einfaches Abwischen erledigt werde. Ferner soll die blanken Schnalle an Zaum und Vorderzeug der Offizierspferde verschwinden, vor allem der blanken Brustbüchel, der im hellen Sonnenschein auf Kilometer hin sichtbar war. Der Offizier wird also in Zukunft ebenso wie in der Felduniform, so auch in der Feldausrüstung seines Pferdes fast gar nicht sich von den Mannschaften unterscheiden, zumal auch die unpraktische Zerrung zwischen Zaumzeug und Halfter in Fortfall kommen soll. Hierdurch spart man — wie bei den Mannschaftenspferden — das besondere Marschalfter, das bisher alle Offiziere führen mußten. Daß die nur dekorativen Zween dienenden, dabei aber den Offizier auf weite Entfernung verrätenden Aufschel- und Kettenbesätze auf den Zaumzeugen der Husarenoffiziere ebenfalls verschwinden werden, ist für den Grennfall bereits angeordnet.

(Aus den Kolonien.) Von der südwestafrikanischen Südbahn meldet das „Deutsche Kolonialblatt“: Sofort nach der Fertigstellung des Schlusstückes der Südbahn bis Reitmansboop wurde bekanntlich mit dem Vorbau auf der Zweiglinie Seeheim — Mallfontein begonnen. Laut telegraphischer Nachricht sind die Arbeiten so gefördert worden, daß die erste Station dieser Zweigbahn, Gwachaab, etwa 25 km südlich Seeheim, Mitte Oktober eröffnet werden konnte. — Die Strecke Lüderichsbucht — Keetmanshoop ist im Monat Juli zum erstenmal in ihrer ganzen Ausdehnung in Betrieb gewesen. Es wurden in diesem Monat 1774 Personen und 880,7

Tonnen befördert. Aus dem Personenverkehr ergab sich eine Einnahme von 7124,70 M., aus dem Güter- und Tierverkehr von 42474 M. Das bedeutet eine Kosteinnahme für das Personenkilometer von 5,1 Pfg. und für das Tonnenkilometer von rund 0,31 Mark. Mit jedem Zuge sind durchschnittlich 21 Achsen und 28,6 Tonnen Nutzlast befördert worden. Die geringe Zahl der beförderten Tonnen erklärt sich daraus, daß bei den seewärts gerichteten Zugfahrten die Züge zum größten Teil leer befördert worden sind. Die kilometrische Kosteinnahme im Monat Juli ohne Militär- und Vaudienstgutverkehr hat rund 136 M. betragen.

Parlamentarisches.

Der Reichstag trat am Mittwoch zum erstenmale seit seiner Vertagung am 8. Mai wieder zusammen. Eine Reihe äußerst wichtiger und, man kann es ohne Übertreibung sagen, zum Teil für die nächste Zukunft Deutschlands entscheidender Gesetzentwürfe harrt der Erledigung. Insbesondere ist es die Reichsfinanzreform, mit der sich das Parlament ausgiebig zu beschäftigen haben wird. Daneben aber stehen noch viele andere Vorlagen auf der Tagesordnung, von denen die Gewerbeordnungsnovelle — wegen internationaler Abmachungen — unbedingt in Völkere der Verabschiedung gelangen muß. Von dem früheren Sessionsabschnitt her werden unter anderem noch übernommen das Gesetz über die Sicherung der Waffenerzeugung und der Handwerker, das Viehseuchengesetz, die Zivilprozessnovelle, die Novelle zum Wechselgesetz, das Weingesez, der Entwurf über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schilachvieh, sowie der Entwurf, betreffend Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Selbst wenn der Bundesrat seine neuen Vorlagen mehr einbringen sollte, so würde der vorhandene Stoff schon mehr als genügen, um den Reichstag bis in den Sommer hinein zu beschäftigen.

Der Gesetzentwurf über die Witwen- und Waisenerziehung wird, wie die „Weserzeitung“ jetzt im Gegensatz zu früheren Zeitungsmeldungen aus Berlin erklärt, in dieser Session dem Reichstage nicht vorgelegt werden können, da es schon in technischer Hinsicht unmöglich ist, die Vorlage vorher einzubringen, bevor der Unterbau, die ganze Reform der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung vollendet ist. Allerdings werde bis 1910 die Arbeit vollendet sein.

Die Vorbereitung der Befoldungs- und Finanzgesetze soll im Abgeordnetenhaufe bekanntlich derartig erfolgen, daß das Mantelgesetz, die Befoldungsordnung und die Steuererlasse von der Budgetkommission, die Gesetze, betreffend die Gehaltsreformen der Lehrer und Geistlichen, in einer besonderen Kommission erledigt werden. In dieser letzteren sind die Freijünglinge durch die Abg. Eichhoff und Guntz vertreten. Die Budgetkommission ist zum Zweck der Durchberatung der ihr überwiesenen Gesetze am 7. Abgeordnete verläßt worden. Darunter befinden sich von den Freijünglingen die Abg. Büchtemann und Peltzahn. Danach ruht die Bearbeitung der Beamtenbefoldung seitens der freijünglichen Fraktionsgemeinschaft in den Händen der Abg. Büchtemann, Ghylling und Peltzahn.

Aber den Ausbruch der Pest in Dares-salam gehen der „National-Zeitung“ folgende Erläuterungen zu: Soweit die Welt je im östlichen Afrika beobachtet wurde, ist sie ganz zweifellos durch die Verbindung dieser Länder mit Indien eingeschleppt worden; einerlei, ob man sie in Sanibar, am Viktoriassee oder in Ubehe vorfindet. Im letzteren Gebiete ist die Krankheit vor vier Jahren zuerst wahrgenommen worden. Ihre indische Herkunft wurde hier ganz einwandfrei festgestellt durch die Behauptung der Eingeborenen, sie sei zuerst vor einigen Jahrzehnten in Innaag aufgetreten, dem einzigen Plage des alten Westafrikas, der dem Handel mit indischen Waren geöffnet war. Insbesondere sind in Sanibar im Verlaufe der letzten Jahre mehrere allerdings nicht sehr intensive Ausbrüche festgestellt worden. Sie führten selbstverständlich zu strengen Schutzmaßnahmen von seiten der deutschen Behörden an der Küste, und es gelang bis jetzt, das Gimmis in unsern Pfalen zu verhindern. Leider haben wir nun trotz aller Vorsicht doch die Seuche in unserm Haupthafen, sicherlich als eine Folge des letzten 1907 in Sanibar beobachteten Ausbruchs, ebenso sicher aber auch als ein Ergebnis der heutigen fast von allen Kolonialpolitikern bekämpften unersündlichen Haltung des Gouverneurs v. Rechenberg. Immer und immer wieder wird in der „D. N. Z.“ darauf hingewiesen, wie mit jedem Dampfer neue Scharen von mittellose Indern ins Land strömen, um

die Seuche abzuschöpfen von dem Verdienst, den die Millionenverwendung für den Eisenbahnbau ins Land bringt. Derselbe Indier sind es, von denen der seit 20 Jahren in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ beim Bericht über das Auftreten der Pest in Sanibar im Jahre 1907 folgendes sagt: „Unter den Ratten wurde Pest nicht mehr nachgewiesen; die Krankheit herrschte nur unter den menschlichen Indern und verschonte sogar den reinlichen Neger.“

Volkswirtschaftliches.

Immer und immer wieder ist von freirechtlicher Seite auf die Tatsache hingewiesen worden, daß die agrarische Hochkonjunktur die Güterpreise künstlich in die Höhe treibt und damit späteren Jahren und den Pächtern trotz der erhöhten Getreidepreise keinerlei effektiven Nutzen, sondern eher Schaden bringt. Jetzt liegen uns aus M. d. L. n. b. u. g. wieder einige sehr hübsche Beispiele für diese Tatsache vor. Sämtliche in diesem Herbst zur Neuerwerbung lebenden Großherzoglichen Hausgutsparzellen und Kameralgutsparzelle sind unter der Hand an die bisherigen Pächter wieder verpachtet worden, aber sämtlich — mit einer Ausnahme — zu erhöhten, zum Teil wesentlich erhöhten Pachtpreisen. So sehen wir, wie der Hausgutsparzelle Hof Soppentrade früher 1050 M., jetzt 13000 M. Pachtpreis, der Hof Jördenhof früher 9700, jetzt 11700 M., der Kameralgutsparzelle Hof Jördenhof früher 22000, jetzt 25000 M., Friedrichsruhe bisher 11000, jetzt 14500, Weihen 9000, jetzt 13200, Wappentin 6500, jetzt 10000 M. usw. Diese zum Teil enorme Pachterhöhung will erst herausgemittelt sein. Und wenn sie nicht zu schaffen ist, dann klagt man über die Not der Landwirtschaft — anstatt über die schlechte Wirtschaftspolitik, die alte Preise, vornehmlich aber die Güter- und Pachtpreise, künstlich in die Höhe treibt!

(„Vereinfachte Spararmei“) Seit dem 1. Oktober verläßt in Eschpöplau, einer Station der Bahn Neusalza-Sagan die Funktion eines Weichstellers eine Frau, die neben dem eigentlichen Beruf des Weichstellers auch noch den Fahrartenverwalter besorgt, die Güter obersteht, die Wägen führt und die Lokalitäten in Ordnung hält. Für diese genöth sehr vielseitige Tätigkeit, die von morgens 5 bis abends 7 Uhr dauert, besoldet die Frau nach dem „Gewerkeverein“, das städtische Gehalt von einem Mark pro Tag. Dabei muß sie noch abends nach 7 Uhr infanter Dienst tun, als sie für die Beleuchtung der Station bzw. der Weiden sorgt. Wie mag sich die Entlohnung der Frau nach der neuen Befoldungsart stellen?

Provinz und Umgegend.

† Halle, 3. Nov. Heute früh wurde bei Dieskau ein Geschir durch einen Zug überfahren. Wie durch ein Wunder blieb der Geschirrführer und Pferde unverletzt, der Wagen wurde zerrinnert. Auch die Maschine wurde so schwer beschädigt, daß der Zug auf der Strecke liegen bleiben mußte. Erst nachdem eine Hilfslokomotive herangeholt worden war, konnte er nach etwa einer Stunde weiterfahren.

† Quedlinburg, 4. Nov. Mit dem 1. November schied der Lehrer Salomon aus dem Amte. Er war der älteste der an den städtischen Schulen amtierenden Lehrer; von seiner fast 45 jährigen Dienstzeit hat er nahezu 39 Jahre lang im Dienste der Stadt verbracht. Bei der Abschiedsfeier in der Mädchenschule überreichte der Kreisinspektors, Superintendent Kleinig, dem Scheidenden das ihm vom König verliehene Kreuz der Inhaber des Hausordens von Hohenzollern. Die Annahme dieser Auszeichnung wurde von dem Dekorierten abgelehnt mit dem Bemerkens, daß er seine Tätigkeit nicht niedriger einschätze als die eines von ihm benannten Amtsgenossen, dem ein höherer Orden zuteil geworden war.

† Magdeburg, 3. Nov. Als gefehrt der wegen Notzucht an einem 14 Jahre alten Mädchen angeklagte Stallschweizer Karl Engel aus Zehnbellin sein Urteil vernahm, das auf 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust lautete, zog er ein großes, nickigerartiges Messer hervor, stieß es sich von oben her in die Brust und brach dann zusammen. Unter dem verzweifelten Geschrei seiner Ehefrau wurde der Schwerverletzte in einen Nebenzimmer geschafft. Als der Hauptschuldige an dem Verbrechen in der Hirschapotheke ist der Klemperer Knittelius aus Offenbach ermittelt worden. Trotz eifriger Suchens nach ihm ist es bisher nicht gelungen, den Mörder festzunehmen.

† Göttingen, 4. Nov. Frau Bertha Schreyer schenkte der Stadt ein Grundstück mit Wohnhaus im Werte von 140000 Mark. Aus dem Erlös der Erbschaft soll ein Volkspark angelegt werden. Wie verlautet, ist die Stadtverwaltung bereits mit Grundstückbesitzern in der östlichen Vorstadt in Unterhandlung getreten, um dort geeigneten Grund und Boden zu erwerben, auf dem diese Anlage geschaffen werden könnte. — Im vergangenen Monate Ober wurden im hiesigen Krematorium 49 Leichen durch Feuer bestattet, von denen 13 aus Göttingen und 36 von auswärts stammten. Dem Geschlechte nach waren 28 weibliche und 21 männliche Verstorbene dem Krematorium zugeführt. Damit ist die Zahl der in

diesem Jahre verbrannten Zeichen auf 497 gestiegen, gegen 377 im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

† Weimar, 4. Nov. Hier ist die ungewöhnliche Tatsache zu verzeichnen, daß ein Geistlicher dem städtischen Gemeinde-Kollegium angehört. Bei der Wahl für den nach Jena verzogenen Oberlanddeputierten Deinhart wurde Stillsprenger Schmidt gewählt.

† Reinsdorf, 4. Nov. Infolge der Brandkatastrophe auf Grube Heureka sind über 200 Arbeiter arbeitslos geworden. Da gerade auf vielen Werken halbe Feiertage eingeleitet werden müßten, werden diese Arbeiter einige Wochen arbeitslos bleiben müssen, weil unter den Verhältnissen die übrigen Werke keine Arbeiter einstellen können. Auf fast allen Braunkohlenwerken sind die Vorratsschuppen und sonstigen Plätze mit Breitspitze gefüllt, eine Erscheinung, die wir in den letzten Jahren hier nicht mehr beobachtet konnten.

† Vom Südharge, 4. Nov. Ein barmherziger Samariter als Dieb. In Jfeld erlitt auf dem Heimwege von einem Spaziergänger der Bürgerwache Herr einen Schlaganfall. Ein Maurer, der sich des Schwerttanzen angenommen und denselben nach seiner Wohnung gebracht hat, wo er am anderen Morgen gestorben ist, hat dem Kranken 160 M., die derselbe bei sich getragen, und sodann noch eine Anzahl Flaschen Wein aus dem Keller gestohlen.

† Aus dem Voglande, 4. Nov. In der Gegend von Brambach, Untersachsenberg, Adori und Falkenstein wurden Dienstag wieder heftige Erderschütterungen verspürt. In Brambach wurden von 11 Uhr vormittags bis 2 1/2 Uhr nachmittags etwa sechzig Erdbenbeben, die von fast ununterbrochen domineerndem Rollen begleitet waren, gespürt. In Falkenstein waren zwei Stöße so stark, daß viele Gegenstände sich bewegten, Türen zuschlugen, Fenster klinkten und eine Kirchhölmer einstürzte.

† Leipzig, 4. Nov. In der Doppelraubmord-Affaire im Hause Windmühlentaste 21 ist selbsgestell worden, daß höchstwahrscheinlich ein Attentat auf einen Geldrieftäger geplant war. Dadurch, daß zur selben Zeit ein anderer Briefträger vor der Tür seiner Wohnung erstickt, wurde dieses Attentat vereitelt. Auf die Ermittlung der Mörder ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 5. November 1908

** Volksschulen und höhere Lehranstalten. Gegenwärtig werden von den königlichen Regierungen in den Orten, in denen neben den Volksschulen höhere Lehranstalten bestehen, Erhebungen darüber veranstaltet, 1) wieviel Schüler der Volksschulen Geschwister in den höheren Lehranstalten haben, 2) in welchen Umfange Schüler aus der Volksschule in die unterste Klasse der höheren Lehranstalten übertreten, und nach Ablauf welchen Schuljahres die Aufnahme in die unterste Klasse erreicht wird.

** Anstellung von Eisenbahnbedienten. Durch Erlass des Eisenbahnministers ist angeordnet worden, daß die Eisenbahndirektionen dahin wirken sollen, nur äußerst tüchtige Eisenbahnkandidaten heranzubilden. Dieses soll auch für Eisenbahngewerkschaften der Fall sein. Im Falle der Benützung werden solche dann später in den mittleren meist technischen Dienst übernommen. Auch soll eine gleichmäßige Verteilung der minderfähigen Bedienten vorgenommen werden, dauernd dienstunfähige dagegen in den Ruhestand versetzt werden.

** Die konstituierende Versammlung des Sächsisch-Thüringischen Vereins für Luftschiffahrt, Sektion Halle, findet heute, Donnerstag, mittags 12 Uhr in Halle im Grand-Hotel Verges statt. Bei dem ständig wachsenden Interesse für die Luftschiffahrt und den großen Erfolg auf dem Gebiete der lenkbaren Luftschiffe ist wohl sicher zu erwarten, daß sich eine ansehnliche Zahl von Herren und Damen unserer engeren Heimat an der Gründung der Sektion Halle beteiligen. Die Ziele des Vereins sind: 1. Veranlassung von Ballonfahrten von verschiedenen Städten Thüringens und der Provinz Sachsen aus. 2. Ballontechnische, physikalisch-meteorologische und medizinische Beobachtungen bei Gelegenheit der Ballonfahrten. 3. Ausbildung und Übung von Ballonführern, die auch in Kriegszweigen dem Vaterlande gute Dienste leisten können. 4. Beschaffung und Erhaltung guten Ballonmaterialis. 5. Bildung einer Abteilung für Flugtechnik. 6. Abhaltung von Vorträgen über Luftschiffahrt. 7. Berichte in der Tagespresse über ausgeführte Ballonfahrten. Der Mitgliedsbeitrag soll M. 20.— für das Jahr betragen: man erwirbt damit im besonderen das Recht auf 1. Teilnahme an Normalfahrten von Halle, Jena und Bitterfeld — Wasserlohnfahrt — aus, zu deren Kosten der Verein beisteuert; 2. Teilnahme an Sonderfahrten von jedem geeigneten Orte aus gegen Entlohnung der

Gesamtkosten; 3. Teilnahme an der Auslösung von Preisfahrten; 4. kostenlosen Bezug der Vereins-Monatschriften. Die Sektion „Halle a. S.“ will die preussischen Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt umfassen.

** Eine Probekelation der von der Firma Carl Ingesleben in Halle ausgeführten eisenauierten Betonbau (Bauweise Hohzellende) des Kranken- und Magistralstr., der Landdeputation und des Herrn Stadtbaumeisters statt. Die Belastungsprobe wurde nach den ministeriellen Vorschriften durch Herrn Ing. Müller von der Firma Ingesleben durchgeführt. Es wurde 1 qm Deckfläche mit 855 kg belastet, wobei die Durchbiegung, welche an einem Großsteinbiegungsmesser abzulesen war, 1,07 mm betrug. Dieses Ergebnis ist als äußerst günstig zu bezeichnen und hat den Beweis über die Stabilität und Sicherheit der Bauweise Hohzellende in vollem Maße erbracht.

h. Durch die elektrische Straßenbahn Halle-Merseburg überfahren wurde am Mittwoch nachmittag das Geschäft des Fleischer Pelt aus Schopau. A. fuhr für die Provinzial-Chauffeur-Vermaltung Steine und hatte solche zwischen dem Chauffeur und Schopau abgeladen. Beim Herannahen der Elektrischen wollte A. sein auf den Schienen stehendes Geschäft wegrahren, inzwischen war jedoch die Elektrische herangekommen, fachte das Vorderrad des Fleischer und schleuderte dieses quer über die am Chauffeur liegenden Steinhaufen. Dadurch kamen die Pferde dicht vor die Räder des Bahnwagens zu liegen, der glücklicherweise inzwischen zum Halten gebracht war. Ein Pferd hatte durch den Stoß der Elektrischen eine blutende Verletzung erlitten, dem andern war der Hals der losgelassenen Wagenfette tief in die Fessel des linken Vorderfußes gedrungen. Vom Wagen war die Deichsel abgebrochen und die Schößelle eingedrückt. Da der Führer der Elektrischen den Wagen auf der freien überfälligen Straße nicht rechtzeitig hätte zum Halten bringen können, mag dahingehört bleiben.

** Über die Spaltung der preussischen Lehrerschaft haben wir dieser Tage vom Delegiertentag in Magdeburg einen ausführlichen Bericht veröffentlicht. Wir lesen nun noch in der „Magdeburger Zeitung“ über die Ereignisse in der Debatte, die der kürzlich veröffentlichte Bericht mehr, daß die Interessen der Großstädter zu denen der Land- und Kleinstädter im Gegensatz stehen und daß dieserhalb in den großen Lehrerverbänden partei Kämpfe ausgefochten worden sind. Die Landlehrer stehen seit Jahren auf dem Standpunkte, daß bei gleicher Vorbildung und gleicher Vertiefung allen Lehrern auch gleiche Gehalt gebühre. Da die städtischen Beamten sich in der Stadt und Land auszusprechen haben, so vertritt sie das Ziel der Gleichstellung. Die Großstädter dagegen haben geglaubt, die ihnen bisher gewährte bessere Besoldung verteidigen zu müssen. Darum haben sie nur nach langen Feilschen endlich das Ziel der Besoldungsbewegung, die Gleichstellung aller Lehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung, ausgegeben. Als Schritte zur Verwirklichung dieses Zieltes bestimmten sie die allmähliche Erhöhung der Mindestgehälter, während die Landlehrer auch schon vorher eine Gleichstellung der Lehrer unter sich für wünschenswert erachteten. Diese Gegensätze kamen jährlich auf den Provinzialversammlungen zum Ausdruck, zum letztenmal am 5. Oktober dieses Jahres in Magdeburg, wo sich persönliche Angriffe und Beleidigungen häuften. Am Sonntag, den 1. November d. J., sollen nun die Vertreter der Landesvereine des Lehrers unter dem neuen Stellung zu der Besoldungsfrage nehmen, um dadurch ihre Ansicht für den am 8. November d. J. in Berlin stattfindenden 5. Preussischen Lehrertag niederzulegen. In dem Besetzungswort kommt die königliche Staatsregierung der Gleichstellung ziemlich weit entgegen; denn die Berechtigung derselben ist nachdrücklich anerkannt worden. Für die Großstädte sind allerdings noch Ortszulagen vorgeschrieben, für deren Aufhebung die Landlehrer eintreten, während ihr Gegner keine Veranlassung darin sehen nach oben wünschen. Da der Provinzialverband für den Preussischen Lehrertag nur Gegner der Gleichstellung als Vertreter gewählt hat, so war ein Zusammenstoß in der außerordentlichen Delegiertensammlung unvermeidlich. Die Spaltung erstreckt sich aber nicht auf die Provinz Sachsen allein; denn in anderen Provinzen wartet man schon längst auf diesen Schritt. Schon am 8. November d. J. soll im „Wintergarten“ zu Halle a. S. eine Versammlung der Gleichstellungsvereine stattfinden, auf der nicht nur die Stellung zur Besoldungsfrage, sondern auch die Gründung eines Landesverbandes preussischer Volksschullehrer beraten soll. Die Beschlüsse des 5. preussischen Lehrertages werden dadurch wirkungslos.

** Das Referat über den am Dienstag in der Aula des Domgymnasiums gehaltenen Vortrag des Herrn Oberlehrer Fischer über religiöse Malerei vom evangelischen Standpunkte aus mußten wir Raummanget wegen für morgen zurücklegen.

Verichtigung. Der Artikel „Freie Jagd“ in Nr. 269 d. Bl. enthält einen wohl schon aus dem Zusammenhang ersichtlichen Druckfehler. Gleich in der 1. Zeile ist das Wort „vor“ ausgefallen. Es muß also heißen „noch in der Zeit vor der preussischen Verfassung vom 5. Dezember 1848“. Mit Bezug darauf, daß das Jagdgesetz vom 31. Okt. 1848 die Jagdgerichtsbarkeit auf fremden Grund und Boden ohne Entschädigung aufhob, sei daran erinnert, daß gerade in jener Zeit verschiedene Rechte ohne Entschädigung aufgehoben worden sind. Durch Gesetz vom 2. Januar 1849 wurde die Patrimonialgerichtsbarkeit ohne Entschädigung aufgehoben. Ebenso wurden durch Gesetz vom 2. März 1850 eine große Anzahl Verordnungen ohne Entschädigung aufgehoben. 3. Das Oberverhältnis des Lehnsherrn, Erbschensherrn, Erbverpächters etc. Der Lehnsherr wegen feil bemerkt, daß auch folgendes von der Aufhebung betroffen wurde: „Alle Abgaben zur Aus-

stattung oder der Tausen von Familienmitgliedern des Guts- oder Grundherrn; insbesondere das in einigen Gegenden vorkommende Recht, die Gänge der bäuerlichen Wirte benutzen zu lassen. Angeführt wurden auch unmittelbar dem Reichsgericht obliegenden Eigentümern aufzuhoben, insbesondere auch, die von dem Gutsbesitzer zu leistenden Leihentlohn, Holz- und Kienraufschüsse, Doktor- und Hebammengehälter.“

Merseburger Taubenschmaus.

In den kürzlich publizierten „Merseburgerischen Anzeigen“ vom 1754 war die heilige Taubenschmausfeier angekündigt, wozu ein kleiner Nachtrag gefügt sei. Wie heute hat es auch damals neben Taubenschmaus auch solche Leute gegeben, die keine Freunde von Taubenschmaus sind; manchen ist schon die liebliche „Staubel“ zu mißfallen. Ein wiedererlebter Taubenschmaus hat damals über dieses unheimliche Bogels Erscheinung auf dem Mittagsfest jeder Luft Luft gemacht in einem höchst drohenden Gedicht, das aber zum Teil so fernig ist, daß es nur getirzt wieder gegeben werden kann.

Das Merseburger Wochenblattchen von 1754 berichtet darüber: „Am vergangenen 22. Mai sind auf diesem Wochenmarkt sehr viel junge Tauben geflogen, daher ist an dem Stimmelfesttage des Tages darauf fast in allen Häusern ein kleiner Taubenschmaus gehalten worden. Ein Reimenschmidt mit Namen Hönig, welcher vielleicht nicht gerne Tauben isst, hat darüber folgendes Gedicht verfertigt, es geht in Ten: Es ist ein Jäger sich mit selnem Speie ersehen!“

Wohl ist die Tauben sind ger, arben,
So taugen sie zu einem Braten,
Es ist fast heut in jedem Haus,
Ein rechter kleiner Taubenschmaus!
Doch mir mich darauf zu Gohlt
Dem sag ich meine Meinung mit.

Leht mich mit Tauben ungeschoren,
Ich wollt sie wären all erdoren,
Jumal wenn sie mit Fäsel sind!

Was aber nun kommt, ist so derb, daß es besser wegfällt.
Damals freilich hat man sich nicht geachtet es zu drucken.
Aber das frächtige Malonement über „Taubenschmaus“
samt manchen bisserigen Beschaffen von gefüllten Tauben
den Appetit verderben, und das wäre doch schade. Zum
Schluß sag das Hebeln mit höchstem Sumor:

Mit Speet gepickt laß ich noch getten,
Alleine das gefiehet selten,
Doch mach ich mit auch gar nichts draus
Aus einen solchen Taubenschmaus.
Drum leht mit junge Hönig für,

Da schmecht der Hönig, da schmecht das Bier!
Zu Himmelst hat seitem also damals in Merseburg „ein
regier kleiner Taubenschmaus“ Bitte weisen zu sein.
Jedenfalls gar nicht über! Manger würde gern dabei
sein. Doch der Merseburger Reimenschmidt Hönig hat
offenbar sein Freund von Taubenschmaus, wahrscheinlich stand
er auf dem noch heute vertretenen Standpunkt: „Eine
Tauben geht auf eine Hebel!“ Schmidt.

Aus dem Merseburger u. benachbarten Kreisen

Schladstadt, 3. Nov. Bei der Teibjagd des Herrn Landrat a. D. Weidlich, welche am Samstag stattfand, wurden insgesamt 856 Hasen und ca. 50 Rebhühner zur Strecke gebracht.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 300 Jahren, am 4. November 1608, traten in Ansbach im württembergischen Jagdrevier eine Anzahl reformierter Fürsten zu der protestantischen Union zusammen. Die Seele dieses Bundes war der fromme, lehrfeste und gebildete junge Kurfürst Friedrich von der Pfalz IV., dem sich der Fürst Christian von Ansbach und die calvinistischen Stände der Pfalz, Ansbach und Herten-Kassel angeschlossen. Diese traten nun in Verbindung mit den lutherischen Fürsten von Württemberg, Baden-Durlach, Pfalz-Neuburg, dem brandenburgischen Markgrafen in Frankfurt und 15 Reichsfürsten, unter diesen Strassburg, Ulm, Mühlberg. Die Union sollte allerdings die evangelischen gegen katholische Verfolgungen schützen, allein die Fürsten hätte mehr einen politischen Zweck und sollte den Länderbezug nach Möglichkeit garantieren. Dem Bunde trat bald eine katholische Liga entgegen und so zeigte bereits diese kleine Affaire die Umwälzungen des späteren 30jährigen Krieges.

In unserer heutigen Zeit, wo die klüglichen Polarisierer die baldige Erloschung des Abendpols erhoffen und die Hauptinteresse bereits dem Erdpol und seinen Geheimnissen zuwenden, ist es nicht uninteressant, das Mannes zu gedenken, der das Christentum nach Brasilien und Peru führte. Vor 150 Jahren, am 5. November 1758, starb der Apostel dieses nordischen Landes, Hans Gede, auf der Insel Filster. 1707 als Prediger zu Drontheim angeestellt, ging er 1721 mit seiner Frau Gertrude und seinen zwei Söhnen nach Grönland, wo er, besonders nachdem er in der Landesfrage probieren konnte, erfolgreich wirkte. Später, als seine Frau die ihm eine treue Gehilfin im Missionswerk gewesen, gestorben war, lehrte er nach Bismarck zurück und wurde zum Superintendenten der grönländischen Mission ernannt, für die er durch Erziehung eines Seminars und durch Schriften unermüßlich wirkte. Seine Nachfolger in Grönland wurden seine Söhne.

Wetterverste.

5. Nov.: Zeitweise aufeisend, meist wolfig kühl, wärmer, stellenweise etwas Regen. — 6. Nov.: Wechselnd bewölkt, ziemlich mild, stellenweise etwas Regen.

Gerichtsverhandlungen.

— In dem Nordprozess vor dem Leipziger Schoungericht gegen die Wirtschafterin Minna Böhl wegen Ermordung des Buchhändlers Siegler hat die Angeklagte ein umfangreiches Geständnis abgelegt. Der wegen Anklage mitangeklagte Bruder Schmidt stellt seine Mitschuld nach wie vor als bestimmt in Abrede. — Am 32-jähriger Haft beendigt. Aus dem Zuchthaus in Eilen wurde nach 32-jähriger Straftat der jetzt 65-jährige Arbeiter Jander als begnadigt entlassen.



Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Nov. Der Abg. Hoffmann (nl) hat mit Unterstützung von anderen bürgerlichen Parteien eine Interpellation im Reichstag eingebracht.

Für die Veröffentlichung der Mitteilungen des Kaisers im 'Daily Telegraph' und für die in denselben mitgeteilten Tatsachen die gesetzmäßige Verantwortung zu übernehmen?

Die Interpellation wird morgen, Donnerstag, zur Verhandlung kommen und vom Reichstag beauftragt werden. Auch die Freilassung einer Interpellation einzubringen.

Tetschen, 4. Nov. In Böhmisches Kamitz fanden gestern Zusammenkünfte zwischen Deutschen und Tschechen statt, wobei aus Deutschland, einer schwer verlegt wurden.

Tetschen, 4. Nov. Das Mar morde mal Franz Schubert wurde hier nachts von Tschechen mit Eisenlad überworfen und dadurch vollständig ruiniert.

Wien, 4. Nov. Nach Meldungen aus Petersburg begingen Oberst Jossifoff von der Festungsartillerie sowie Leutnant Zerkow, der Kommandant der Kronstadter Besatzung, Selbstmord.

Petersburg, 4. Nov. Wie die Petersburger Telegraphenagentur gegenüber anderen Nachrichten meldet, nehmen die Verhandlungen zwischen dem Petersburger und dem Wiener Kabinett ihren völlig normalen Fortgang. Gegenwärtig wird hier die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf das ihr mitgeteilte Projekt des Konferenzprogramms erwartet, das ihr in der in London festgestellten Form übermitteln worden ist.

Sofia, 4. November. Vor einigen Tagen hatte die bulgarische Regierung den hiesigen Vertreter der Orientbahn unter Hinweis auf die seitens der Regierung durchgeführte unwillkürliche Expropriation der österreichischen Bahndirektion schriftlich angefordert, direkte Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung zu beginnen, die bisher von der Regierung nicht angestellter früheren Orientbahnbeamten sofort zu entlassen und zur unverzüglichen Klärung ihrer Dienstwohnungen zu veranlassen. Gestern nachmittag überreichte die Vertreter Deutschlands und Österreichs, Ungarns zur Wahrung der Interessen der Orientbahn der bulgarischen Regierung einen schriftlichen Protest in dem dem Hinweis darauf, daß es die Expropriation einer Bahnanlinie nicht gebe, erklärt wird, die Entlassung der genannten Beamten und die Klärung der Dienstwohnungen sei während des gegenwärtigen Stadiums der Angelegenheit undurchführbar und die Aufnahme von Verhandlungen nicht früher möglich, bevor die bulgarische Regierung nicht mit der Einleitung der Eigenuntersuchung einandergeleitet habe.

New-York, 4. November. Fast ist mit großer Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

Berliner Getreide- und Produktmarkt.

Berlin, 2. November. Auf dem Markt das Deutschen Landwirtschaftsrates und die anstehend trockenere und härtere Witterung war hier die Tendenz für Getreidepreise anfangs fester, später zeigte sich aber Neigung zur Abschwächung, da die vollkommene Geschäftsleere auf den Preisstand drückte. Auch in Safer, Mais und Hülsen blieben die Umsätze in sehr engen Grenzen, die Preise wiesen kaum Veränderungen auf. Wetter: teils.

Weizen rot, mt. 200,00—202,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 206,50—208,00 — Mt., Mai 201,25—209,75 Mt. Weigapfel.

Roggen rot, mt. 169,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 174,50 bis 173,00 — Mt., Mai 182,25—181,50 Mt., Weigapfel.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Weizen amerl. mt. — Mt., do. rund 185,00 bis 186,00 Mt., Bulgargröße — Mt., Okt. — Mt., Dez. — Mt., Mai — Mt., Still.

Gerste mt. 175,00—182,00 Mt., do. mt. 168,00 bis 170,00 Mt., do. gering frei Baren und ab Bahn 164,00 bis 167,00 Mt., Okt. — Mt., Dez. 164,50—164,25 Mt., Mai 167,00—166,75 Mt., Still.

Vermischtes.

(Ein Kaiserpreis für die deutsch-evangelische Kirche in New-York.) Zur Feier ihres hundertfünfzigjährigen Bestandes wird in einigen Tagen in der deutschen evangelischen Kirche in New-York ein Gedächtnisfest im Gedenken an Kaiser Wilhelm I. abgehalten. Vor einigen Monaten hatte der Pastor der Kirche einen Brief an den Kaiser geschrieben, in welchem er bekräftigte, daß in der Kirche seit deren Gründung Deutsch gesprochen worden sei und aus diesem Anlasse um ein Kaiserliches Geschenk eruchte.

(Zur Hundereisjahrestafel der Städteordnung.) Wie die Stadt-Gesamtheit eine Forderung der Städte-Stiftung in Höhe von 5000 Mark erlösen für Personen, die im Ehrendienste der Stadt tätig gewesen sind, und für deren Hinterbliebene. Ferner soll als äußeres Zeichen der Dankbarkeit für verdiente verstorbene Ehrenbeamte eine Ehrenstafel im Rathaus errichtet werden. Endlich soll zum Andenken an den Freiherren v. Stein ein Denkmal in Form einer geeigneten Stelle der Stadt aufgestellt werden.

(Gefährliche Verhaftung von Flederern.) Eine schwere Sichtung hatten in der Nacht zum Dienstag zwei Kriminalbeamte auf dem Bahnhof Janowabridge in Berlin vorzunehmen. Sie hatten beobachtet, wie sich zwei Flederer eines betrunknen Fabrikanten der Stadtbahn angenommen hatten und sahen vom Nebenabteil aus, wie diese die Zellen des Mannes leerten. Als der Zug in den Bahnhof eintraf, wollten die als Strohdreher verkleideten Beamten die selbige Person festnehmen, trafen dabei aber sowohl bei den Beamten wie auch beim Publikum auf Widerstand, da man sie für Verbrecher hielt und die Flederer für Kriminalbeamte. Erst nachdem ein Eingangsbeamter unformierter Schutzmann die Beamten als solche festgestellt hatte, gelang es, die Flederer zur Wache zu bringen.

(Aufhebung eines Diebesnetzes.) Ein ganzes Netz von Dieben und Verbrechern wurde von der Rantower Kriminalpolizei ausgehoben. Seit einiger Zeit wurden in den nördlichen Stadtteilen Berlins und dorten fortgesetzt schwere Verbrechen verübt. Nach dem Entdecken der polizeilichen Ermittlungen wurde, daß eine organisierte Verbrecherbande existieren mußte, die als Urheberin aller dieser Verbrechen in Frage kam. In der vergangenen Woche kam die Polizei den Verursachern auf die Spur, aber die Polizei brauchte volle 8 Tage, um die Bande dingfest zu machen. Nimmehie liegen neun Kerle hinter Schloß und Riegel und haben bereits eine große Anzahl Gefängnis-, Diebstahl- und einen schweren Raubverbrechen an sich gehängt.

(Das Verhängnis des Mörders.) In der Nähe von Dargtchele (Kreis Stormarn, Holstein) wurde bekanntlich der sänder Walter aus Hübner ermordet und verurteilt. Ein Verurteilter entkam dem Zellen in der Person eines kretinischen Südtürken aus Tremsdorf, dessen Spur er vollkommen verlor hatte. Schließlich gelangte zunächst hartnäckig die Schuld. Jetzt hat er sich zu einem Geständnis bequemt. Er war bereits gleich nach dem Raubmord als verdächtig in Haft genommen worden, dann aber am nächsten Tage wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen worden. Seine Züchtheit wäre auch wahrscheinlich nicht nachweisbar gewesen, wenn ihm nicht die Handlung des Verbrechens erstanden wäre.

(Unerlöschliche.) Der Wachmeister des 42. Feldartillerie-Regiments in Schweidnitz wurde wegen Unterschlagung von Batteriereste in Höhe von 7000 Mark verurteilt.

(Schlachtpredigten in Prag.) In Prag, das infolge seiner schlechten Einkommensverhältnisse an einer fast hundertjährigen Epidemie leidet, ist seit dem 2. November nun auch Schlachtpredigten in Prag, die in der vergangenen Woche wurden in den verschiedenen Stadtteilen rund 180 Erkrankungsfälle gemeldet, von denen acht tödlich verliefen. Die Epidemie ist überflutet.

(Eine ganze Familie erstickt.) In Kettwig (Rheinprovinz) wurden am Dienstag morgen der Stein- und Schmiedemann Hermann Polentzsch, seine Frau und fünf Kinder, die sich im Hause befanden, durch ein Gasvergiftung durch den Tod in durch Erstickung eingetreten, anscheinend infolge der Gase der in der Stube brennenden Petroleumlampe. Drei im Nebenzimmer schlafende Kinder blieben unversehrt.

(Für 20 Kopfen verkauft.) Aus Petersburg wird dementsprechend geschrieben. Ein Stenbild aus dem schwedischen Museum lag einem gewiss angemessenen Prozesse zu Grunde, der dieser Tage in Helsing (Gouvernement Bobolin) verhandelt wurde. Der Sachverhalt ist nach der 'Roma Gazette' folgender: Ein Jude lud mit einem Bauern durch den Wald; unterwegs begegnete sie einen Wagen mit noch zwei Bauern. Die letzteren schlugen dem Fuhrmann vor, ihnen 'den Juden ein Stück Brot zu verkaufen'. Das 'Brot' bestand aus einem großen Sack voll mit feinem Mehl, das der Bauer nicht so konnte der Armut der beiden Bauern entgegennehmen, sondern er schätzte es hin und wurde vom Pferde mitgeschleift und kam des öfteren unter die Räder. Dabei wurde er ununterbrochen von den Bauern aufs unbedürftigste mit der Peitsche gefoltert, so daß er blutüberströmt zusammengebrochen war. Zu seiner Rettung, um nicht zu verhungern, wurde er in einen anderen Wagen, in dem ein anderer Bauer saß, verladen. Der Wagen fahrende Peitsche betrat den Juden und setzte die Polizei vor der Mäure in Kenntnis. Das Gericht verurteilte den Bauern, der den Juden für 20 Kopfen verkaufte, zu 12 Jahren Zwangsarbeit, den zweiten Bauern, der den Juden vor den Wagen gepannt hatte, zu 9 Jahren Zwangsarbeit und den dritten, der den Juden mit der Peitsche gefoltert hatte, zur Einweisung in die Arrestantenkompagnie auf die Dauer von 3 1/2 Jahren.

Er war wegen Ermordung seiner Großmutter zu lebenslänglicher Zuchthaus verurteilt worden.

Die Strafkammer in Mannheim verurteilte den 16jährigen Ullrich in der Wormer Eisen- und Metallfabrik, der ein dreijähriges Knaben in Weinsheim erdrückt hat, nachdem er sich fittig an ihm vergangen hatte, zu 13 Jahren Gefängnis.

Nach dem von 21. Okt. Die hiesige Strafkammer verhandelte in ihrer letzten Sitzung gegen den 21jährigen Schmied- und Stellmachermeister Karl Hillenwagen aus der Nachbarstadt Ehrlich. Derselbe wurde wegen Verschleppung mit Verzug in vier Fällen, Gläubigererklärungen in drei Fällen, Unterschlagung eines Wertes und gemeinschaftlich mit seinem Vater begangener Körperverletzung zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Exzess verurteilt.

In dem Befehlungsprozess gegen 52 Grubenbeamte, Zeiger und Arbeiter der königlichen Grube Needen im Saarrevier, der in der vorigen Woche die Strafkammer des Saarbrücker Landgerichtes beschlagnahmte, wurde Sonnabend nachmittag durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Köhler, das Urteil verkündet.

Der bekannte Bildhauer Prof. Garro Magnussen in Berlin ist in der Nacht zum Dienstag aus dem Leben geschieden. Er hat sich in seiner Wohnung im Rudow durch Einatmen von Arsenikgas selbst getötet. Garro Magnussen stand im 48. Lebensjahre. Er war ein Schüler von Reinhold Weges und beschäftigte sich meistens mit Porträtbildhauerei. Von ihm stammen verschiedene Bismarckbüsten, auch das Standbild des Kaiserlichen Joachim II. in der Siegesallee, sowie die Marmorstatue von Bismarck, Wölke und Noon für die Waldmühle in Berlin. Sein Werk 'Der Künstler wurde mit zahlreichen Aufträgen von Reich und Stadt und zuletzt dazu ausersehen, ein Bismarck-Denkmal für Potsdam zu schaffen. Er hatte noch am Montag in seinem Atelier an einer großen Gruppe gearbeitet und nach dem Abendessen seinen gewöhnlichen Spaziergang unternommen. Das Motiv der Tat ist vollständig in Dunkel gehüllt.

Der Rektor der Universität Leipzig über die Prager Studenten. Beim Rektoratswechsel der Universität Leipzig, der am 31. Oktober erfolgt ist, hat der an diesem Tage abgetretene seitige Rektor Geh. Hofrat Prof. Dr. C. Gün in seinem Abschiedswort das verflochtene Studienjahr sich am Schluß seiner Rede auch über die schwereren Ausschreitungen des tschechischen Babels geäußert, die das deutsche Studenten in Prag geküßert. Er hob hervor, daß Leipzig, dieselbe Stadt, in der vor nunmehr beinahe 500 Jahren die ersten Prager Studenten von den tschechischen Bergemattungen Zukunft gelüht und gefunden hatten, hunderte von tschechischen Studenten gelüht aufnahm, während in der Mutteruniversität Prag die tschechischen tschechischen Studenten des tschechischen Babels auf der Straße praelargierten. Er wies ihnen aber zu: Verzeihung nicht und harret aus! 500 Jahre lang habe sich deutsche Wissenschaft in Prag gehalten und so werde und müsse sie auch dort weiterhin mit Ehren bestehen bleiben. In dem schweren verewntlichen Kampfe, in dem der Rektor fort, den ihr mit Schlägeln durchschlagen habe, ist das tschechische tschechische Babel den uns mächtig zum Durchbruch gekommen. Warnung sei jedem zu Hand, und wenn ihr zum fünfzehnhundertjährigen Jubel einfindet, sollen die tschechischen den Ehren gelassen erhalten und jubelt wie die Tochter die Mutter aufnehmen! Starke Weisheit der Verammlung folgte diesen Worten.

Die Oberrheinische Eisenbahnverwaltung hat die 350 große Bestreuer Hügelgräber und unter ihnen drei Königsgräber zählt, für die Summe von 12000 Mk. anzukaufen.

Der Dichterpreis der Nobelfestigung. Für den Dichterpreis der Nobelfestigung scheint für dieses Mal die Schwedische Akademie die meisten Ansuchen zu besitzen, die am 20. November das 60. Lebensjahr vollenden. Eine Minderheit der schwedischen Akademie soll für den 73jährigen englischen Dichter Charles Algernon Swinburne sein. Da indes der letzte Dichterpreis auf Rudyard Kipling gefallen ist, dürfte John deshalb Swinburne in der Minderheit bleiben. Die schwedische Akademie hat in ihrer Produktion übermäßig das germanische Geistes- und Schrifttums zum Ausdruck gebracht, was ihr die deutschen Sympathien sichern muß.

Erparnisse im Hausbau zu machen ist in den letzten Zeiten das Bestreben jeder Hausfrau. Wo aber folge anfangen? Bei den Nahrungsmitteln gehen die Erparnisse nur auf Kosten der Gesundheit. Die Hausfrau wird also in erster Reihe bei ihrer Kleidung anfangen und durch Selbstanfertigung der Kinderkleidung und der einfachen Hauskleider zu sparen versuchen. Da bietet die 'Deutsche Frauen- und Moden-Zeitung' ihren bewährten Rat, sie trägt den praktischen Bedürfnissen Rechnung, und jede Hausfrau wird in ihr etwas Passendes finden. Die 'Deutsche Frauen- und Moden-Zeitung' mit ihren reichhaltigen Moden- und Handarbeitsbeilagen ist im wahren Sinne eine der besten Familienzeitschriften, mit denen sie vereinigt in sich eine vollständige Moden- und Handarbeitszeitschrift mit Gratis-Schmittunterbogen und eine reichhaltige illustrierte Familienzeitschrift mit guten Romanen, belehrenden Artikeln, und bringt in einer Gratisbeilage die neuesten Zeitereignisse im Bilde. Die Interessen der Hausfrau werden in einem bauswirtschaftlichen Teil erschöpfend behandelt, während die geistliche Bildung und die nach dem Stande unserer Verhältnisse in der der einen Woche ein Modell und in der darauffolgenden

Genehmigungsurkunde.

Zur Herstellung und zum Betriebe einer in Fortsetzung der Straßenbahnlinie Leipzig-Mücheln geplanten 1,458 m langen, elektrisch zu betrieblenden Kleinbahn für den Personenverkehr von Mücheln nach Schönbach wird hiermit im Einvernehmen mit der königlichen Eisenbahnverwaltung in Halle a. S. soweit preisliches Einverständnis in Frage kommt, der Leipziger Straßenbahn-Vereinsgesellschaft in Leipzig auf Grund des Beschlusses über Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 28. Juli 1892 vorbehaltlich der Rechte Dritter die Genehmigung mit der Maßgabe erteilt, daß über die Zeitdauer, für welche diese Genehmigung gilt und über die für den Betrieb der Bahn noch zu treffenden besonderen Bedingungen und Vorschriften in einem Nachtrage zu dieser Genehmigungsurkunde Bestimmung getroffen werden wird.

Merseburg, den 23. Oktober 1908.

(L. S.)

Der königliche Regierungs-Präsident.
Fehr. v. d. Rede.

Bekanntmachung.

Der landwirtschaftl. Arbeiter Karl Kretzl aus Döllitz hat am 14. Aug. d. J. den 4 Jahre alten Ernst Fertel in Döllitz vom Tode des Ertrinkens aus der Elster gerettet.

In Anerkennung der bei dem Rettungswerte bewiesenen Entschlossenheit und Opferwilligkeit bringe ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Merseburg, den 23. Oktober 1908.

Der königliche Regierungs-Präsident.
Fehr. v. d. Rede.

Eine Wohnung, 1. Etage, **Waldenstraße 23**, 2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, Preis 300 Mk., zu vermieten und sofort zu beziehen. Zu erfragen im Contor **Gedr. Jackoff**.

Eine Wohnung, 5 Zimmer, Küche, Bad und reichliches Zubehör, zu vermieten und sofort zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Wohnung mit Garten, in der Gartenstraße gelegen, Preis 430 Mk., zu vermieten und 1. Januar zu beziehen. Näheres **Zischstraße 29**.

Wohnungen von 210—250 Mk. sofort zu vermieten und 1. Januar 1909 zu beziehen. Näheres **Wasser, G. Hof**.

Ein Logis, 2 Stuben, oder 1 Stube, Kammer und Küche, wird sofort oder 1. Januar von einzelner Person zu mieten gesucht. Offerten unter **J N** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Eine herrschaftliche Wohnung von 5—6 Zimmern nebst Zubehör wird zum 1. Januar 1909 zu mieten gesucht. Offerten u. **Z 30** an die Exped. d. Bl.

Möblierte Wohnung zu vermieten **Reiterstraße 8 II.**

Möbliertes Zimmer (Nähe der Bahn) zu vermieten **Friedrichstraße 1.**

Vaden. Ettagen mit Wohnung zu vermieten **Schmalestraße 13.**

Hypothek 12—14 000 Mk. auf neuverbautes Wohnhaus sofort gesucht. Offerten unter **M W 100** an die Exped. d. Blattes.

Ein größerer und ein kleinerer Schuppen zu vermieten **Müllerstraße 1/13**. Auch sind dafelbst Veden zum Waschtrocknen frei.

Eine hochtragende Kuh mit dem Kalbe steht zum Verkauf **Knabenstraße Nr. 20.**

Kaufe ganze Nachlasse, getragen Kleidungsstücke, Federbetten, Hüte, Mäntel, Schuhe, Stiefel und dergleichen mehr. **H. Apelt, Delarabe 7.**

Ausgekämmtes Haar kauft fortwährend zu höchsten Preisen **Gottbardstraße 17.**

Guterhaltenes Piano zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unter „Piano“ an die Exped. d. Bl.

Bayrisches Edeltannenreißig zum Decken und zur Kranzbinderei gibt ab **Louis Rühlemann** auf dem städtischen Friedhof und **Unteraltendamm 51** in Reichels Gut.



In jedem Haus benutzt man jetzt zum Waschen, Broten, Backen nur noch „Pilo“.



Schau hin wo du willst! Ueberall werden die Schuhe mit Pilo gewischt!

1 grünes Busjagoda 2 Polsterstühle gut erhalten, preiswert zu verkaufen **Essenerstr. 6.**

Gechter Herr! Meine Frau hat seit mehreren Jahren an einem bösen Fuß (Krankheit) über ein Kindel alle Mittel, die ich ihr beschaffte, waren erfolglos, erst als ich von Herrn Witten-Galle erfuhr, wurde ihr Fuß nach Besuche bei Herrn Witten-Galle wieder besser und nach Gebrauch der goldenen Salbe ist der Fuß völlig geheilt. Ich bitte Ihren meinen besten Dank und noch Ihre goldenen Salbe allen Mitmenschen an hochzubehalten empfehlen.
Dorothe, M. B. 88.
J. Schreiber.

Meine Frau-Gatte wird mit Gold gegen Gelenken, Rücken und Halsleiden angewandt und ist in Dollen h. 100. 1. — und 20. 2. — in den meisten Apotheken vorräthig; sie ist aber auch in Originalpackung weiß-grün-roth und Herrn Schreiber & Co. Weidenfeld, Bismarckstr. 12, zu haben.

„Emmerlinge“ **Bester Nährzweck!**

Kgl. Preuss. Staats-Preconise! (Eisenpreis) (Gold. Medaillen) In Pak. enth. 10 Stck. = 10 Pfg. In Kartons enth. 30 Stck. = 30 Pfg. Zu haben in allen Nahrungs-mittel-Geschäften. Man halte sich vor wertlosen Nachahmungen!

Vertreter: **Willy Krause, Merseburg, Tel. 313**

Zum bevorstehenden Totenfest empfehle **Kranze** in jeder Preislage und Ausführung. Um gültige Unterfertigung bittet **W. Artus, Handlungsgärtner, Gohlisauerstraße 68.** NB. Bestellungen werden auch **Gandhaderstraße 13** angenommen.

ZIMMERLUFT-VERBESSERER Preis M. 12.—

BELLARIA

Die Erlösung von d. Beschwerden der trockenen Zimmerluft!

Empfohlen von ärztlichen Autoritäten.



Prospekte und Nachweis von Besuggenheit durch die **Bellaria-Vertriebs-G. m. b. H. Leipzig-Plagwitz.**

Summiwarenhaus Grahnels, Gottbardstraße 20.



Dr. Oetker's Vanillinzucker das beste Gewürz

für Milch- u. Mehlspeisen, Flammeris, Bubbings, Vanille-Milchsaucen, Schlagobren, Eis Kaffee, Kuchen, Torten und sonstiges Backwerk.

Dr. Oetker's Vanillinzucker erlegt die teuren Vanilleschoten vollständig und ist ausgezeichnet durch seine Billigkeit und Ausgiebigkeit.

Man verlange ausdrücklich **Dr. Oetker's** Vanillinzucker in den Geschäften, welche **Dr. Oetker's Sahnpulver** führen.

Ein Päckchen kostet nur **10 Pfennig** und entspricht 2—3 Schoten guter Vanille.

Holzschuhe a Paar 2.75 Mk. empfehlen **Stern & Cie.**

Langstiefel und Halbstiefel, einleiderne, extra gute Ware, empfiehlt **R. Schmidt, Markt 12.**

Die Firma **Paul Thum in Chemnitz** liefert in **Teppichen** besonders leistungsfähig!

| | |
|----------------------|------------|
| Salateppiche | v. 8.75 an |
| Zimmerteppiche | 18.50 |
| Salontepiche | 35.— |
| Küchentepiche | 45.— |
| Bunt und Beireppiche | 3.50 |

Zurückgesetzte Teppiche unt. Preis. Verlangen Sie bitte Preisliste u. Skizzen.

Prima deutsche Hafermaltgänne zu dem Nennpreise von **70 Pfg.** per Pfund empfiehlt in bekannt vorzüglicher Ware **Fritz Schanze.**

Gesamtvorliegende Redaktion, Druck und Verlag von E. G. Bauer, Merseburg.

Correspondent.

Bezugpreis Vierteljahr 3. Abholung v. d. Ausgabeorten 1 Mkr., monatl. 26 Pf., v. d. Post 1.20 Mkr.; bei Bestellung durch den Postboten 1.25 Mkr., durch unsere Ausleger in der Stadt u. auf d. Lande 1.30 Mkr., monatl. 40 bezgl. 50 Pf. (Zugnummer 3 Mkr., nach Anstalt mit Vorkaufsgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 4 mal wochentlich, mit Ausnahme des Tage nach Sonntags u. Feiertagen; in den Ausgabestellen der Nacht am Abend vorher. — Nachdruck unserer Originalmitteilungen nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rückgabe unvollständiger Sendungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8 seitt. Illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage. 4 seitt. landwirtsch. u. handelsbell. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum 1. Staat u. Reichsweite 10 Pf., anderwärts 15 Pf. Kleinere Anzeigen 20 Pf. Reichweite 30 Pf. Bei transportierten Ges. entsprechend. Kündigungen. Gebiete der Beilagen nach Vereinbarung. Für Nachbestellungen u. Offertenannahme besonders Berechnung, nach Umständen mit Berücksichtigung der Zeitdauer. — 1000 Zeilenannahme in unserer Geschäftsstelle für gebührenlos. Anzeigen 100 Zeilen 10 Uhr vorwärts für Anzeigen, wenn bis 12 Uhr mittags.

Nr. 261. Donnerstag den 5. November 1908. 35. Jahrg.

Die Verteidigungsschrift des Bürgermeisters Dr. Schädling.

Wir sind in der Lage, Auszüge zu geben aus der Verteidigungsschrift, die der Bürgermeister Dr. Schädling-Dulium als Antwort gegen die Anklageschrift der Schleswiger Regierung in seiner Disziplinar-Sache verfaßt hat. Anklage- und Verteidigungsschrift werden demnächst auch im Verlag der „Hilfe“ als Buch erscheinen. Sie bilden ein zeitgeschichtliches Dokument von erheblicher Bedeutung. Die Anklage, deren Inhalt schon früher in der Presse fixiert worden ist, ist ein sprechender Beweis für das Vorhandensein dessen, was Schädling in seinem Buch freilich gekennzeichneter hat: Die Reaktion in der Verwaltung Preußens; sie ist auf den Ton geklimmt: gib mir eine Zeile von einem Menschen, und ich bringe ihn an den Galgen. Die Verteidigungsschrift ist ein großangelegtes Werk, voll juristischer, staatsrechtlicher, staatsphilosophischer Schärfe und voll ernstem Befremdetem. Sie bringt eine ungeheure Fülle von Material herbei zur Kennzeichnung des Systems, das Schädling in seiner vielbelegten Schrift lediglich als fenznerichtig wollen. Die Anklage wird in ihrer Haltlosigkeit nach allen Richtungen hin erwiesen.

Gleich im Anfang gibt der Beschuldigte seinem berechtigten Erlaunen Ausdruck, „daß der Ankläger kein Bedenken getragen hat, den Sinn der Äußerungen des Verfassers an vielen Stellen zu entstellen, um den pointierten Urteilen des Buches einen Inhalt zu geben, der sie als Disziplinarvergehen erscheinen lassen könnte. Der subjektive Eindruck ist nicht zu verhehlen, daß die Anklage in dieser Beziehung geradezu eine gewisse „Methode der Entstellung“ verlohnt, um mit Hilfe dieser Methode dem Angeklagten am Schluss des Ganges die „mangelnde Wahrhaftigkeit seines Charakters“ und ein „gemindertes Verantwortungsfeldgefühl“ vorzuwerfen.

Im allgemeinen Teil seiner Erwiderung wendet sich Schädling zunächst gegen die Auffassung, er habe sich der öffentlichen Achtung, des notwendigen Ansehens und Vertrauens unwürdig gemacht, und er führt aus: „Es kommt vornehmlich in Betracht, daß der Angeklagte Gemeindefunktionär ist und ihm höchstenfalls der Charakter der sogenannten „mittleren Staatsbeamten“ zugesprochen werden kann. Für den Gemeindefunktionär wird es immer in erster Linie darauf ankommen, wie es mit seinem Ansehen in der Gemeinde eingeht, und selbst wenn man der Anklage darin zustimmen wollte, daß das verfassungsmäßig garantierte Recht der „freien Meinungsäußerung“ durch die Amtspflichten beschränkt werde, so wird aus naheliegenden Gründen der Spielraum der Gemeindefunktionäre in dieser Beziehung doch sehr viel weiter gehen müssen, wie der des unmittelbaren Staatsbeamten. Der Angeklagte ist als Gemeindefunktionär von der Bürgerlichkeit der Stadt Dulium befreit, hat von der Stadt sein Anstellungsdekret empfangen, hat wie dem Staate, so auch der Stadt Treue geschworen, wird aus den Mitteln der Stadt Dulium befolgt, das alles sind Faktoren, die ihn vom eigentlichen Staatsbeamten unterscheiden. Ihren Ursprung nach meistens älter als der Staat, ist die Gemeinde, wenn auch heute von diesem abhängig, doch keine Staatsanstalt geworden.“

Es kommt ferner in Betracht, „daß der mittelbare Staatsbeamte auch, und zwar in erster Linie, Pflichten gegen seine Kommune hat, und daß ihm daraus ein Konflikt der Pflichten erwachsen kann. Denn wenn der Beamte eines Selbstverwaltungsförderungssystems, wie diesem durch die gegenwärtigen politischen Tendenzen Licht und Lust zu geben ist, so ist es ihm in mehr als einem Sinne, man vergleiche nur die Verhandlungen des Königsberger Städtetages, so ist es für ihn unter Umständen geradezu eine Pflicht, gegen ein solches System der Verwaltung den Schutz der öffentlichen Meinung zum Besten der Selbstverwaltungsförderung anzureufen.“

Mit Mannhaftigkeit weist Schädling die Darlegung der Anklage zurück, ein Bürgermeister und Polizeiver-

walter habe „in hervorragendem Maße die Pflicht, die öffentliche Erregung von Mißstimmung und Widerstreben gegen die bestehenden Staatsrichtungen und Anordnungen der Behörden zu vermeiden“. Schädling erwidert:

„Das könnte freilich der staatlichen Bürokratie wohl passen, wenn dieser Rechtsatz in Preußen gelten sollte, dann freilich wären auch sogar die Häupter der Selbstverwaltungskörper herabgedrückt zu willenlosen Werkzeugen des jeweiligen politischen Systems, wie sonst nur die eigentlichen politischen Beamten im engsten Rechtsinn des Wortes. Wo steht denn geschrieben, daß der Beamte, der nicht politischen Charakter hat, auf die politische Agitation verzichten müsse? Macht denn die politische Agitation als solche den Beamten schon der öffentlichen Achtung verlustig? „Die in der Macht stehenden Parteien haben freilich“, wie der Oberbürgermeister Gauß mit Recht sagt, „die Agitation nicht notwendig“, und ihnen kann es nur willkommen sein, wenn es dem ganzen Beamtentum verboten ist, „Mißtrauen und Widerstreben gegen staatliche Einrichtungen und Anordnungen zu erregen“, denn damit wären dann gerade diejenigen Elemente aus der aktiven Politik ausgeschlossen, die mit den Schäden jener staatlichen Einrichtungen am besten vertraut sind.“

Der Angeklagte vertritt die Meinung, daß jener Grundsatz der Anklageschrift „so recht kennzeichnend ist für den realistischen Geist der Verwaltung, den er bekämpft und der in seiner Wirkung darauf hinausläuft, unser öffentliches Leben in möglichster Stagnation zu bringen. Denn praktisch würde dieser Standpunkt zur Folge haben, jede politische Agitation von Gemeinden, Städte-Bünden, Beamtenvereinen usw. unmöglich zu machen. Wenn die Anklageschrift wenige Zeilen später zugefügt, daß der Bürgermeister „in der öffentlichen sachlichen Kritik“ natürlich nicht beschränkt sein solle, so muß man sich doch fragen, welchen Inhalt eine öffentliche Kritik noch haben kann, die keine Mißstimmung und kein Widerstreben gegen bestehende Einrichtungen des Staates darstellen darf? Der Angeklagte nimmt nach wie vor das Recht der politischen Agitation in Wort und Schrift für sich in Anspruch und weist die Unterstellung, daß er seiner Kritik absichtlich falsche Tatsachen und Begründungen zugrunde gelegt

ist am Auspize Nation Anterweit Manzer Presse Bülow überdau möglich daß das ständen geschalt wie bis der krit Reichs Zin an sechsmittig ität, die nat als selt lung und Einzelstaaten, wie sie Herr Sydow vor schlägt, ihnen als ein gangbarer Weg nicht erscheint. Wenn die Ergebnisse aus dem Spiritus-handelsmonopol als einzige Ueberweisungssteuer fon-

struiert werden, derselbe Betrag dann aber als Matrifularumlage wieder an das Reich zurückgeschoben werden soll, so wird dadurch der Begriff und der Sinn der Matrifularbeiträge völlig illusorisch gemacht. Dann soll man sie schon lieber ganz ausmerzen. Wenn die Regierung dann aber den Zuschlag der Einzelstaaten auf höchstens 80 Pfg. pro Kopf kontingentieren und so dem Reich einen wirklich zu Buch fallenden beweglichen Faktor völlig vorenthalten, und wenn sie außerdem den Einzelstaaten einen weiteren Teil der Erbschaftsteuer und die gesamten gekündigten Matrifularbeiträge schenken will —, so wird dafür bei den Freisinnigen kein Verständnis zu finden sein. Aber auch die einzelnen Steuerprojekte werden im Reichstage einen schweren Stand haben.

Die Beschlussvorlagen werden in Verbindung mit der Reichsfinanzreform ebenfalls lebhafter Debatte entziffert, und im Hintergrunde stehen die großen sozialpolitischen Gesetze. Es wird eine scharfe und ereignisreiche Session werden. An den Freisinnigen wird es sein, in fester Zügelung mit dem Volksempfinden bleibend, ihre starke Stellung zum Besten des Liberalismus und zum Segen des Vaterlandes auszunutzen.

Brauereierhöhung und Landwirtschaft.

In einem Artikel der „Kreuzzeitung“ über „die angebliche eminente Notlage der norddeutschen Brauerei“, dessen gefamter Inhalt davon zeugt, daß der Verfasser durch keinerlei Sachkenntnis getriebe ist, werden auch die Behauptungen des Schutzverbandes der norddeutschen Brauereigemeinschaft kurz zurückgewiesen, daß einmal die Belastung der Zölle auf Rohstoffe, nämlich auf Gerste und Malz, die Erzeugungskosten der Brauereien verteuern, und daß andererseits durch einen weiteren Rückgang des Bierverbrauchs auch die deutsche Landwirtschaft als eine der wichtigsten Vieherzucht für das Brauereigewerbe empfindlich geschädigt werden müßte. Wörtlich heißt es in der „Kreuzzeitung“: „Das wirklich der Rückgang des Bierverbrauchs in den beiden letzten Jahren mit mehr als 2 1/2 Millionen Mark einen Minderverbrauch von 1 1/2 Millionen Zentner Gerste und 15 000 Zentner Hopfen zur Folge gehabt, so wird davon die deutsche Landwirtschaft nicht sehr empfindlich betroffen, da der Schutzverband selbst annimmt, daß die Rohstoffe vom Auslande bezogen werden, nachdem er die Mehrkosten der Erzeugung auch von den höheren Zöllen auf die Rohstoffe ableitete.“ Mit Recht weist demgegenüber die „Kreuzzeitung für Brauerei“ darauf hin, daß es über alle Zweifel erhaben sei, daß die Zollerhöhungen für Gerste und Hopfen die Erzeugung des Bieres verteuern. Völlig unrichtig sei es ferner, wenn die „Kreuzzeitung“ schreibt, der Schutzverband „nehme an“, daß die Rohstoffe des Brauereigewerbes vom Auslande bezogen werden. „Nicht „die“, nicht „alle“ (was doch in diesem Zusammenhange nur unter dem „die“ verstanden werden kann) Rohstoffe, nicht seinen ganzen Bedarf an Gerste und Hopfen bezieht das deutsche Brauereigewerbe aus dem Auslande, sondern nur einen Bruchteil. Einen Bruchteil, der allerdings groß genug ist und deshalb vollkommen ausreicht, um eine Verteuerung durch Zoll und Zollerhöhung für den Gesamtverbrauch an Hopfen und Gerste zu erzwingen. Am Braujahre 1906 sind allein im norddeutschen Brauereigebiet 8 019 170 Doppelzentner Gerste für Brauzweck verarbeitet worden. Wohlverstanden: nur im norddeutschen Brauereigebiet. Dagegen betrug die Einfuhr an Malzgerste im ganzen Staatsjahre 1906 in Gesamtdeutschland nur 3 710 877 Doppelzentner (in 1907 vom April bis Dezember, also in neun Monaten, sogar nur 2 099 969 Doppelzentner). Daraus läßt sich ja wohl wenigstens ungefähr ersehen, ein wie eminentes Interesse die Landwirtschaft an dem Gedeihen des Brauereigewerbes hat.“ Es sei auch gänzlich ausgeschlossen, daß im Falle des Rückganges der heimischen Bierproduktion sich nur die Import an Malzgerste, nicht aber auch der Konsum

